

### Bundessozialgericht-Rechtsprechung zur Mietobergrenze

Pressemeldungen in Tageszeitungen zum Bundessozialgericht war zu entnehmen, dass dieses oberste Sozialgericht mit Sitz in Kassel die Rechte der ALG-II-Berechtigten stärken würde.

Auch der 1. Vorsitzende des Landessozialgerichtes Niedersachsen/Bremen, Herr Leandro Valgolio, erklärte bei einer Podiumsdiskussion in Hannover, dass alle Senate seines Landessozialgerichtes bezüglich der ALG-II-Mietobergrenze bei Fehlen eines städtischen Mietspiegels die Tabelle des Wohngeldgesetzes heranziehen würden. Für Hannover wäre somit für einen Einpersonenhaushalt als Mietobergrenze ein gültiger Wert von **350,- Euro** zu berücksichtigen. Trotz dieser Erklärung des 1. Vorsitzenden des Landessozialgerichtes, Herrn Leonardo Valgolio, hat der 2. Vorsitzende des gleichen Landessozial-

**“Richterliche Ohrfeigen” zu den Mietobergrenzen der JobCenter Region Hannover ?**



**ARGE Betrüger gehören hinter Schloss und Riegel**

gerichtes, Herr Taubert, mit Aktenzeichen L 7 AS 513/06 ER einen gegenteiligen Beschluss herbeigeführt. Einer Klägerin aus Hannover wurde diese 350,- Euro

verweigert, ein Auszug aus dem selbst genutzten Wohneigentum abgefordert. **Wie konnte so etwas geschehen ?** Uns juristischen Laien erscheint dieses unverständlich. Die zugesagte Stärkung der Rechte der ALG-II-Bezieher ist unterlaufen ? Der 2. Vorsitzende des LSozG. war unwidersprochen der Behauptung des JobCenters der Region gefolgt: *„In Hannover gäbe es ausreichend Wohnraum zu ALG-II-Konditionen“* ? Die Klägerin, vertrauend auf Wohnrecht in selbstgenutzter Eigentumswohnung, hatte während des noch laufenden Verfahrens selbstverständlich noch keine Umzugsvorbereitungen getroffen. Das wertete das Gericht als eine „Verfehlung“ der Klägerin. **Selbst genutztes Eigentum von 80 qm ist bei ALG-II-Bezug absolut zulässig.** Das ist Schonvermögen, welches auch nicht veräußert werden muss. **Weiter Seite 2**

### Urteile des Bundessozialgerichts stärken Hartz-IV-Empfänger

Das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel hat die Rechte von Hartz-IV-Berechtigten Anfang November in mehreren Verfahren gestärkt. Vor allem bei den Mietobergrenzen und den Kosten zur Unterkunft. So dürfen die zuständigen Arbeitsgemeinschaften keine eigenen Wohngeldtabellen mehr

zur Bewertung heranziehen, da diese zu ungenau seien. Statt dessen sollen auch zu ALG II Wohnkosten die Kriterien wie zu Wohnberechtigungsscheinen nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) angewendet werden. (AZ: B 7b AS 18/06 R + B 7b AS 10/06 R). Selbstgenutztes Wohneigentum mit 80

Quadratmeter für Singles und 120 Quadratmeter für eine vierköpfige Familie ist Schonvermögen (AZ: B 7b AS 2/05 R). Außerdem haben geschiedene Hartz-IV-Berechtigte mit Kindern in Einzelfällen auch Anspruch auf zusätzliche Kostenerstattung (AZ: B 7b AS 14/06 R). info: [www.bundessozialgericht.de](http://www.bundessozialgericht.de) (Alp)

<b>Wer ?</b> ...erteilt Weisungen ? Als Bundesbehörde erstellt die Bundesagentur für Arbeit täglich massenweise Handlungsanweisungen. Diese sind nach dem IFG, dem Informationsfreiheitsgesetz und nach dem SGB X allen Interessierten zugänglich zu halten.	<b>beträgt ?</b> ...die Bundesagentur ? Wer etwas zu Verbergen hat, die Öffentlichkeit und Veröffentlichungen scheut, gerät sehr leicht in den Verdacht, betrügen zu wollen. Die Bundesagentur, auch die regional tätigen ALG-II-Behörden, verweigern sehr oft Auskünfte.	<b>Wen ?</b> ...kann man noch trauen ? Der eigenen Kraft, dem eigenen Handeln. Wer seine Rechte nicht kennt, kann sie auch nicht einfordern. In den Gruppen Gleichgesinnter kann Wissen gemehrt werden, kann Gegenwehr zu Behördenwillkür eingeübt werden.
--	---	--

**Direkt oder indirekt betroffen ? - Erwerbslos ? - ALG-II- oder Sozialgeldempfänger ?**  
Zu Risiken und Nebenwirkungen empfehlen wir den solidarischen Zusammenschluss, Aufnahme des Kampfes in Gruppen, in denen sich Gleichgesinnte bereits zusammengeschlossen haben. **Kontakte siehe letzte Seite**

**@l p t r a u m - eine kostenlose Zeitung der Projektgruppe gegen die Agenda 2010**

Wir treffen uns z.B. jeden Montag 18.00 Uhr bei der Montagskundgebung.

**MitstreiterInnen sind herzlich willkommen !**

[www.alptraum.org](http://www.alptraum.org) - [info@gegen-sozialabbau.de](mailto:info@gegen-sozialabbau.de)



## Rechtswidrige Umzugsaufforderungen ? MOG zu niedrig !

Dem JobCenter der Region Hannover als beklagte ALG-II-Behörde ist durchaus bekannt, dass in Hannover KEIN AUSREICHENDER, FREIER WOHNRAUM für ALG-II-er zur Verfügung steht ! Spätestens in der Veranstaltung des KDA am Do. 05.10.06 ist auch dieser Umstand den Herren Erwin Jordan, Sozialdezernent der Region Hannover, Thomas Heidorn, Geschäftsführer der JobCenter der Region Hannover, unmissverständlich zur Kenntnis gebracht worden: Bernd Stöver, Geschäftsführer des Mieterverein Hannover, auch ein anwesender Vertreter der Großvermieter, ebenso ALG-II-Berater und ALG-II-Betroffene, schilderten überzeugend die für ALG-II-er hoffnungslose Lage auf dem Wohnungsmarkt in Hannover. Dennoch, die Vertreter der ALG-II-Behörde erteilen weiterhin Weisung, massenweise die von den Betroffenen als Umzugsaufforderungen empfundenen Bescheide mit einer rechtswidrigen Minderung der Wohnkosten auf maximal 300,- Euro Grundmiete zu versenden.

Handeln gegen besseres Wissen ? Das ist in unseren Augen Betrug: „Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten (in diesem Falle: die ALG-II-Behörde), einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, dass er durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Tatsachen einen Irrtum erregt oder unterhält, wird (...) bestraft. (...)“. Soweit § 263 Abs.1 zu Betrug, ein Auszug aus dem Strafgesetzbuch. Betroffene ALG-II-Berechtigte sollten umgehend eine Strafanzeige wegen Betruges gegen die Verantwortlichen der ALG-II-Behörden stellen ! Das rechtswidrige Handeln nach ihren Weisungen mit Vorspiegelung falscher Tatsachen muss endlich auch als Betrugsabsicht geahndet werden, bevor weiterhin und massenweise noch mehr Menschen in Elend und Suizid getrieben werden. **Vorspiegelung falscher Tatsachen:** die Broschüre aus 7/06 der JobCenter der Region Hannover enthält die vom BSG als nicht anzuwendenden

gerügten Tabellen, unterdrückt wahre und bekannte Tatsachen, erregt den Irrtum, der im Strafgesetzbuch gemäß § 263 Abs. 1 als Betrug bezeichnet wird. **Vorspiegelung falscher Tatsachen ?** Unbewiesen ist auch die JobCenter-Behauptung, dass in Hannover für die zu einem Umzug bzw. zu Mitsenkung aufgeförderten Personen ausreichend ALG-II-gerechten Wohnraum zu 300,-€ Grundmiete zu finden sei. (HaDe)



**"Weihnachts-Shopping"**

**mit 1stein im Dezember:**

*"Die besten Dinge im Leben sind die, die man nicht für Geld bekommt."*

(Albert Einstein 1879-1955)

## Wann gibt es die in der Regions-Koalition vereinbarten Sozialtickets ?



Unsere Forderung nach einem Sozialpass hat die erneut zu einer Regionsregierung gebildete Koalition aus SPD und

Bündnis 90 / Die Grünen in den Koalitionsvertrag geschrieben. In dem am 13.10.06 unterschriebenen Koalitionsvertrag steht eine Absichtserklärung, wonach Rot/Grün in der beginnenden Legislaturperiode 2006 bis 2011 ein

„kostengünstiges Sozialticket“ für Geringverdiener einführen will. Wir werden weiterhin mit Aktionen an dieses Versprechen erinnern, möchten eine zeitnahe Einführung, bieten mit Bündnispartnern weitere Gespräche an. (Alp)

### Wir unterstützen diese Erklärung und treten für die Schaffung eines SozialTickets für Hannover ein:

DGB-Region Niedersachsen-Mitte, Ev.-luth.Industriefarramt (KDA), Redaktion Alptraum, Ev.-luth.Stadtkirchenverband Hannover, Arbeitslosen Zentrum Hannover (ALZ), ver.di Ortserwerbslosenausschuss Region Hannover, Arbeitskreis Arbeitslose Linden, IG Metall Erwerbslose Hannover, Kulturzentrum Pavillon (BI Raschplatz e.V.), Kabarettist Dietrich Kittner (KKK), Prof. Dr. Peter Grottian (FU Berlin), Arbeitskreis "Recht auf Mobilität" Berlin, Werkstatt Süd, DROP IN - FixPunkt (Step), VVN / Bund der Antifaschisten e.V. Hannover, ASTa Uni-Hannover, Leibniz Universität Hannover, Friedensbüro Hannover e.V., Diakonisches Werk Hannover, attac Hannover, Bündnis für Soziale Gerechtigkeit (BSG), Das Linksbündnis.Region Hannover, Die Linke.PDS Region Hannover, DKP Kreisvorstand Hannover, WASG Ortsverband Lehrte, Linksruck Hannover, Hannoversches Frauenbündnis, Förderverein Gartenhaus e.V., Sozialistisches Café Hannover, Türk.Kiosk Leinaustr.16, AllerWeltsLaden Linden, Marxistisch-Leninistische Partei (MLPD) Hannover, Arbeits- und Sozialberatungs-Gesellschaft e.V. (ASG), Bündnis Montagsdemo Hannover, Projektgruppe "Agenda-2010-kippen", Querkunst Hannover e.V., Radio Flora.

**Kontakt: SozialTicket-Initiative Hannover, c/o KDA Industriefarramt , DGB Hannover, Redaktion @lptraum.**

Impressum:

“ALP-Traum” ist ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt der Projektgruppe “Agenda 2010 kippen” Hannover

Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, mobil 0151 / 16 56 24 31

@lptraum-Redaktion (Alp) - Fotos / Beiträge / Gastbeiträge: Dolf Mielenhausen (DoMi), Tel. 16 22 361

Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, Schützenstr. 12, 30161 Hannover

[www.alptraum.org](http://www.alptraum.org), Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, Email: [info@gegen-sozialabbau.de](mailto:info@gegen-sozialabbau.de)

@lptraum erscheint monatlich, Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung

**Spendenkonto: H.- D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg**

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch.

Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.

Bei Spendeneinzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papiaerausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben. Danke.

Impressum:

**SozialTicket-Initiative Hannover: "Wir fordern weiterhin ein ÖPNV-Sozial-Ticket !"**

## Immer wieder Ärger mit Üstra-Kontrolle - Entwerter tickte falsch

**ÜSTRA-"Bußgeld", nur weil ein Fahrkartentwerter in der Station Hauptbahnhof falsch tickt ?**

Ein Hannoveraner entwertete am 27. November um 19.30 Uhr einen Einzelfahrschein und bestieg einen Zug der Linie 7. Dass auf diesem das Datum 1. Dezember mit verschmierter Jahreszahl aufgestempelt war, fiel erst den Kontrolleuren auf. Die wollten dem Mann ein Bußgeld verpassen und ließen erst nach dessen „massiven Auftreten“ davon ab. Erst nach massiven Protesten ließen sich die Kontrolleure von dem Fehler überzeugen“. Noch am 28. und am 29. November stempelte der selbe Entwerter Fahrscheine mit falschem Datum. Ein Kundenbetreuer der Üstra

### Auf der schiefen Bahn ?



**Risiken und Nebenwirkungen durch Kontrolleure der Üstra ? Lassen Sie sich niemals einschüchtern !**

bestätigte das Problem, erklärte, dass dieses durchaus öfters vorkomme.

Selbstverständlich widerspricht Üstra-Sprecher Udo Iwanek: „**Es ist der erste Fall dieser Art überhaupt bei uns.**“ Die Ursache sei nach den Angaben der Techniker möglicherweise ein Fehler bei Wartungsarbeiten. Dabei sei wohl die Zeitautomatik in dem Gerät falsch eingestellt worden. Man werde alle Entwerter am Hauptbahnhof einer nochmaligen Inspektion unterziehen. **Hartz-IV-Betroffene kennen die Märchen von den Einzelfällen, werden auch stets mit gleichartigen, merkwürdigen Beweislastumkehrungen zu Schul-digen abgestempelt, bevor überhaupt eine Anhörung erfolgte.** (Alp)

## Ein-Euro-Jobs: Sozialgerichte sind für Rechtsstreitigkeiten zuständig

**Für Rechtsstreitigkeiten zwischen dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und einer privaten Einrichtung als Leistungserbringerin bei den so genannten Ein-Euro-Jobs sind die Sozial- und nicht die Arbeitsgerichte zuständig.** Dies hat das Bundesarbeitsgericht klargestellt. Für Rechtsstreitigkeiten zwischen dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und einer privaten Einrichtung als Leistungserbringerin bei so genannten Ein-Euro-Jobs sind die Sozial- und nicht die Arbeitsgerichte zuständig. **Dies hat das Bundesarbeitsgericht klargestellt.**

Die Klägerin war Arbeitssuchende und

erhielt Entgeltleistungen nach SGB II. Sie schloss mit dem Beklagten, einem eingetragenen Verein, eine schriftliche Vereinbarung über eine befristete Beschäftigung als Teilnehmerin in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung nach dem SGB II. Als Mehraufwandsentschädigung war ein Betrag von 1,50 Euro pro tatsächlich geleistete Stunde vorgesehen. Die Vereinbarung regelte außerdem Arbeitsinhalte, eine Beschäftigungszeit von 30 Stunden pro Woche, Urlaubsansprüche und Verpflichtungen der Klägerin bei Arbeitsverhinderung. Zusätzlich schloss die Klägerin mit dem

zuständigen Job-Center eine Eingliederungsvereinbarung über die öffentlich geförderte Beschäftigung. Nachdem der Beklagte mit Schreiben vom 31.01.2006 erklärt hatte, er beende die Teilnahme der Klägerin an der Maßnahme mit sofortiger Wirkung, machte die Klägerin mit ihrer beim Arbeitsgericht erhobenen Klage unter anderem Schadensersatz wegen entgangener Mehraufwandsentschädigung gegenüber dem Beklagten geltend. Das BAG hat die Verweisung des Zahlungsantrags vom Arbeitsgericht an das Sozialgericht jetzt bestätigt. Bundesarbeitsgericht,

**(BAG) Az.: 5 AZB 36/06.** (DoMi)

## Behinderte: Mobilität ist ein wichtiges und selbstverständliches Gut

**Hannovers Verkehrsunternehmen Üstra hat einen Begleitservice für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste eingerichtet.** Die Behindertenbeauftragte empfahl das neue Serviceangebot für behinderte Menschen. Hochbahnsteige, Busse mit Rampen und

barrierefreie Straßenbahnen gibt es bereits. Zusätzlich "rollt" in Hannover ein neues Serviceangebot für behinderte Menschen, das von 8 bis 21 Uhr zur Verfügung steht. **"Mobilität ist ein wichtiges und selbstverständliches Gut,** das durch den Service noch ein wenig

mehr gewährleistet werden kann", so die Behindertenbeauftragte. **Warum gilt dieser Grundsatz nicht auch für Menschen mit geringen Einkommen ?** Zumal Ein-Euro-Jobber diesen Service der Üstra erst ermöglichen. Tel. 16680 Mo.-Fr. 8-14 Uhr reservieren. (HaDe)



## Wer hilft in Hannover den Hartz-IV-Betroffenen ?

ASG, Walter-Ballhause-Str. 4

ALZ, An der Christuskirche 15

IG Metall, Postkamp 12

ver.di, Goserieide 10

SoVD, Herschelstr. 31

SVdK, Rote Reihe 15

pro familia, Goserieide 10

[ka:punkt], Gruppenstraße 8

Ombudsmann e.V., im FZH Stöcken

Termin vereinbaren, 44 24 21

Termin vereinbaren, 167 686-0

Termin vereinbaren, 124 02-45

Termin vereinbaren, 12 400-0

Termin vereinbaren, 70 14 8-21

Termin vereinbaren, 1 31 72 20

Termin vereinbaren, 36 36 06

Termin vereinbaren, 27 07 39-0

Telefon, demnächst im Alptraum

**Zu Risiken und Nebenwirkungen:**

**Erwerbsloseninitiativen befragen !**

*Die "freien" Beratungsstellen sind finanziell und politisch unter Druck gesetzt, erheben Gebühren. Sie sind oft sogar selbst die Träger von 1-Euro-Job-Zwangseinrichtungen !*

**"Die Grenzen verlaufen zwischen oben und unten, nicht zwischen den Völkern."**

## Meldet Vorkommnisse mit Ämtern - wir veröffentlichen !

Beim nächsten Amts-Besuch, zum JobCenter, zum Sozialamt oder zum Wohnungsamt, empfiehlt das ArbeitsLösenPresse-Traumteam, einfach Papier und Stift, auch einen Freund oder eine Freundin mitzunehmen, das Erlebte aufzuzeichnen, zu skizzieren. Es werden zu diesen Themen weiterhin kreativ-zornige AutorInnen bzw. Material-

SammlerInnen gesucht !  
**Greift zu eurer spitzen Feder !**  
 Falls Ihr euch selbst als nicht so begabt einstuft, so liefert uns doch bitte gut fundierten Geschichtsstoff, der **den Wahnsinn der neoliberalen Politik** anhand sich tatsächlich zugetragenen Begebenheiten **aufzeigen und entlarven** kann. Wichtig ist, dass wir den Lügen und

der gezielten Desinformation entgegenzutreten. Jeden 3. Sonntag im Monat 18.00-19.00 Uhr stellen wir als Redaktion "Politbüro" Öffentlichkeit auch im Bürgerfunk her. (Alp)

[alptraum@radioflora.de](mailto:alptraum@radioflora.de)



UKW 106,5 | Kabel 102,15 MHz

## Ist dies der vom DGB geforderte "Zweite ehrliche Arbeitsmarkt" ?

**Wenn ja, wo sind die DGB Vertreter, die hier für sozialversicherungspflichtige Vergütungen eintreten, um den SPD-Jubel und dem stillschweigenden „Deal“ einen gewissen Nachdruck zu verleihen ?**

Zitat: „Das Diakoniewerk Arbeit und Kultur hat mit der Sozialagentur der Stadt (Mühlheim) eine Regelung vereinbart, die Pilotcharakter hat. Ab sofort können Ein-Euro-Jobber beim Diakoniewerk vier statt bislang nur ein Jahr lang Geld hinzuverdienen. Wie der

Leiter der evangelischen Einrichtung, Ulrich Schreyer, erklärte, wird damit eine der unsinnigsten Vorschriften von Hartz IV beseitigt.“ Dies berichtete unlängst die Neue Ruhr/Rhein Zeitung.

Ob diese Regelung, die zwischen der Kirche und der Stadt "im stillen Kämmerlein" ausgehandelt wurde, nun zu lautstarken Protesten der sozialen Verbände und Initiativen führen wird ? Mit solchen Projekten wird die Türe für massenhaften staatlich geförderten Niedriglohn zu Dumpingpreisen geöffnet.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie viele Ein-Euro-Jobber bisher tatsächlich in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse übernommen wurden. Antwort aus Mühlheim: „Für kaum einen der 300 Ein-Euro-Jobber beim Diakoniewerk an der Georgstraße war nach dem Ablauf von zwölf Monaten ein regulärer Job in Aussicht.“

Tja, nicht überall wo sozial draufsteht, ist auch sozial drin. (DoMi)

## Sozialgericht Schleswig: @rbeitsagentur zahlt für Klassenfahrt bei ALG II

**Schüler, deren Eltern ALG II beziehen, müssen auf Klassenfahrten nicht verzichten:** Im Notfall springt der Staat ein. - JobCenter müssen Kosten für Klassenfahrten voll übernehmen, wenn die Eltern der Schüler Arbeitslosengeld II beziehen. Das geht aus einem Eilbeschluss des Sozialgerichts Schleswig hervor, auf den die Deutsche Anwaltsauskunft in Berlin hinweist. (Az: S 6 AS 556/06 ER). Demnach ist es nicht zulässig, wenn das JobCenter den fälligen Betrag nicht oder nur teilweise bezahlt und sich dabei auf Regelsätze beruft, die es mit städtischen

Behörden vereinbart hat. Im verhandelten Fall wollte eine Schülerin an der Abschlussfahrt ihrer Klasse an den Gardasee teilnehmen. Die Tour kostete 308 Euro. Das JobCenter bewilligte der Antragstellerin, deren Eltern ALG II bezogen, jedoch nur einen Zuschuss von 200 Euro. Dabei berief sie sich auf einen Vertrag zwischen der Arbeitsagentur und der Stadt Kiel, in dem dieser Höchstbetrag vereinbart war. **Gesetzliche Verpflichtung:** Die Richter am Sozialgericht waren jedoch der Auffassung, dass sich die Arbeitsverwaltung im vorliegenden Fall nicht auf den Vertrag

berufen könne. Eine Vereinbarung dieser Art gelte nur zwischen den Vertragspartnern. Eine gesetzliche Verpflichtung, Kosten für die Klassenfahrten zu übernehmen, könne damit nicht eingeschränkt werden, argumentierte das Gericht. Die gesetzliche Verpflichtung ergab sich dem Beschluss zufolge jedoch eindeutig aus dem Sozialgesetzbuch.

**Die Schülerin bekam Recht und konnte ihre Abschlussfahrt antreten.**

(Quelle: [www.netzeitung.de](http://www.netzeitung.de) / 24.10.2006) - Infos: [www.anwaltsauskunft.de](http://www.anwaltsauskunft.de) (ErSt)

## LSG-Beschluss: Kostenübernahme des JobCenters bei erforderlichem Umzug

Ein Hilfebedürftiger kann die Kosten für eine neue Unterkunft (KdU) immer dann verlangen, wenn der Umzug erforderlich ist und die Aufwendungen für die neue Unterkunft angemessen sind. Der Fall: Der Hilfebedürftige war längere Zeit in einer psychiatrischen Klinik behandelt worden. Kurz vor seiner Entlassung beantragte er die Kostenübernahme für eine neue Wohnung. Die frühere Wohnung sei völlig vermüllt. Außerdem liege die neue Wohnung in der Nähe des Sozialdienstes, von dem er nach seiner Entlassung betreut werde. Das

JobCenter lehnte die Kostenübernahme ab; der Mietvertrag wurde dennoch unterschrieben. Der dagegen gerichtete Antrag auf einstweilige Anordnung hatte Erfolg. Das Mainzer Landessozialgericht Rheinland-Pfalz: Das JobCenter wird im Wege der einstweiligen Anordnung verpflichtet, Kosten für Unterkunft und Heizung der neuen Wohnung zu übernehmen. Die alte Wohnung war bereits aus seuchenhygienischen Gründen bedenklich und aus baurechtlichen Gründen nicht bewohnbar, da sie nicht einmal über eine Toilette verfügte. Dem

Hilfebedürftigen war der Verbleib in der Wohnung nicht zumutbar. Bereits hieraus ergibt sich die Erforderlichkeit des Umzugs. Unschädlich ist, dass der Hilfebedürftige vor Vertragsschluss keine Zusicherung des kommunalen Trägers zu den Aufwendungen für die neue Wohnung erhalten hat.

Beschluss vom 30.06.2006:

**Landessozialgericht Rheinland-Pfalz (Az: L 3 ER 120/06 AS)**

(Quelle: [einblick DGB 18/06](http://einblick.dgb.de))

Weitere Urteile: [www.justiz.rlp.de](http://www.justiz.rlp.de) oder: [www.tacheles-sozialhilfe.de](http://www.tacheles-sozialhilfe.de) (ErSt)

**Erneute Gaspreiserhöhung ab 1. Nov. 06: enercity Stadtwerke um 12,4 Prozent !!!**

Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit. Spendenkonto:

H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparsbuch. Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich. Bei Spendenzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papieraussgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben Danke.



## 30 Jahre Gartenhaus - Landesregierung will den "gar aus" ?

### Gartenhausnutzung in Gefahr



Foto: HaDe

Seit dreißig Jahren ist das Gartenhaus am Judenkirchhof 11c in der Nordstadt ein beliebter Nachbarschafts-Treffpunkt für Nordstädter Bürger. Zugestandenermaßen, so richtig bürgerlich im Sinne von spießig geht es dort nicht zu. Das Gartenhaus bietet mit seiner Stammbesetzung

regelmäßige Treffen zu gemeinsamen Frühstück, zum nachmittäglichen Kaffeetrinken im Erzählcafé und zu offenen Abenden für Vereinsaktivitäten und viel Kultur. Multikulturell. Denn auch eine iranische Initiative mit iranischer Bibliothek ist im Hause integriert. Auf dem Grundstück hinter dem Haus ist ein Bühnenpodest für sommerliche Feste im Freien und Darbietungen aller Art. Im Inneren bietet ein geräumiges Zimmer nicht nur den Nordstädter Künstlern und Zuschauern Platz für Kulturangebote. Oft ohne Eintritt oder zu nur ganz kleinen Eintrittspreisen. **Diese Idylle kostet die Landesregierung, Besitzer dieses Grundstückes, keinen Cent.** Die Bürgerinitiative Gartenhaus e.V. hat alle Pflichten und Kosten zu diesem auch denkmalgeschützten Haus übernommen. Jetzt droht Auszug und das Ende, da die Bürgerinitiative e.V. nicht zu

### Kund(st)gebung mit Schiller



Foto: HaDe

jedem Preis beim Kauf der Immobilie mithalten kann. **Straßentheater zur Rettung des Gartenhauses ?** Barde Wulf Hühn trug zu Füßen Schillers seinen Gartenhaussong vor. Schauspieler und Regisseur Volker Kühn (Bildmitte) schrieb und inszenierte die Vorführung. Text: [www.alptraum.org](http://www.alptraum.org) (HaDe)

## Rechtstipp: Kürzung beim ALG II muss in Euro und Cent fest stehen

**Kürzungen beim Arbeitslosengeld II (ALG II) müssen für den Leistungsempfänger klar nachvollziehbar sein.**

Kann der Hilfebedürftige aus der Mitteilung der zuständigen Behörde nicht ablesen, um welchen Betrag das ALG II genau gesenkt wird, ist die Kürzung unzulässig. Das entschied das Landessozialgericht Baden-Württemberg. Im unterschiedenen Fall hatte die Behörde eine Leistungskürzung nach Paragraph 31 Sozialgesetzbuch (SGB) II angekündigt, der die Sanktionsmöglichkeiten bei Pflichtverletzungen (Ablehnung einer Arbeitsgelegenheit, Nicht-Unterzeichnung

der Eingliederungsvereinbarung usw.) regelt. Das entsprechende Schreiben enthielt jedoch keine konkrete Angabe zum Absenkungsbetrag, sondern kündigte eine Kürzung des Auszahlungsbetrags um «maximal 35 Euro» monatlich an. Wörtlich teilte die Behörde weiter mit: «Der ihnen zustehende Anteil des Arbeitslosengeldes II wird unter Wegfall des eventuell zustehenden Zuschlages nach § 24 SGB II (...) monatlich um zehn Prozent der Regelleistung, höchstens jedoch in Höhe des zustehenden Auszahlungsbetrages, abgesenkt.»

Die Richter ließen das Schreiben so

nicht gelten. Denn die Rechtsfolgen seien für die Hilfsempfängerin auf Grund unbestimmter Formulierungen («eventuell zustehenden Zuschlages», «zehn Prozent der Regelleistung», «höchstens jedoch in Höhe des zustehenden Auszahlungsbetrags») nicht nachvollziehbar. **Damit sei der Verwaltungsakt, also die Leistungskürzung, inhaltlich nicht hinreichend bestimmt und folglich unwirksam (Paragraph 33 Abs. 1 SGB X).**

(Landessozialgericht Baden-Württemberg, Beschluss vom 17. Oktober 2006, AZ: L 8 AS 4922/06 ER-B)

Info: [www.anwaltshotline.de](http://www.anwaltshotline.de)

(DoMi)

### Väterchen und Mütterchen -

"Deutschland" mahnt seit eh und jeh: Volksvertreter

Lästern viel zum Arbeitslosengeld Und bleiben damit dauerhaft Im Medienklatsch der Welt.

Auch jedes andre Staatsgehalt Bezahlt der Arbeiter vom Lohn Doch erntet ER, wenn arbeitslos Im Vaterland den Hohn.

Drum wird das Beste sein mein Kind Und das zum guten Zweck

Du gehst zum Staat wo Ämter sind Und wühlst nicht groß im Dreck.

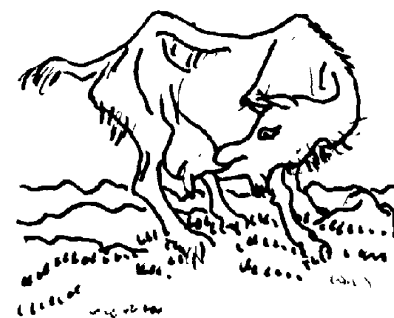
Wirst Dienst vorschrittlich dich durchsitzen

### Claus Heuer, Juni 2006

Ganz angepaßt und kalt, Tust nichts bekritteln, nicht viel schwitzen, Dann wirst du dort im Amt auch alt. Das Lehrgeld bürgt schon guten Preis Und automatisch steigt dein Lohn, Es bleibt vorm Volk dein Westchen weiß Und ganz zum Schluß . . . Gibt es Pension.

Sozialchristlich bleibt festgestellt, Sei brav und mache deine Pflicht, Beziehst nie Arbeitslosengeld Und heißt auf deutsch Schmarotzer nicht.

(C. Heuer, Juni, 2006)



Zur "Tafel" hin, zur "Tafel" her: Zum Überleben reicht's nicht mehr ! Geschick macht es das Zickelein - Zumindest melkt es sich allein.

In der Region Hannover ab 10.12.2006 abermals Fahrpreiserhöhungen um 3,1%

## Vermutete eheähnliche Bedarfsgemeinschaft: Ein @lptraum ?

**Arbeitslosengeld-II-Bezieher/-innen, die unverheiratet als Paar zusammenleben, sollen ab August 2006 verschärft zum gegenseitigen Unterhalt herangezogen werden.** Offenbar war die Bundesregierung es leid, dass sich die ALG II-Behörden ständig von Sozialgerichten belehren lassen mussten, was eine „eheähnliche Gemeinschaft“ ist und was nicht, und dass sich die Sozialgerichte in ihren Behelungen überdies auf eine Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes berufen konnten. Mit ihrem kürzlich verabschiedeten „Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende“ will sie dem wohl einen Riegel vorschieben. Sie tilgte den Begriff der „eheähnlichen Gemeinschaft“ kurzerhand aus dem Text des SGB II. Es ist nicht mehr die Rede von einer Person, die mit dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in eheähnlicher Gemeinschaft lebt“, sondern von einer „Person, die mit dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einem gemeinsamen Haushalt so zusammenlebt, dass nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille anzunehmen ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen“. „Ein wechselseitiger Wille, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen, wird vermutet, wenn Partner

1. länger als ein Jahr zusammenleben,
2. mit einem gemeinsamen Kind zusammenleben,
3. Kinder oder Angehörige im Haushalt versorgen oder
4. befugt sind, über Einkommen oder Vermögen des anderen zu verfügen.

Zu beachten ist:

Zukünftig wird vermutet, dass eine Bedarfsgemeinschaft besteht, wenn nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille der Partner anzunehmen ist, dass sie Verantwortung füreinander tragen und füreinander einstehen (das ist eine bössartige Beweislastumkehr). Die Vermutung kann vom Betroffenen widerlegt werden. Ausreichend ist nicht die Behauptung, dass der Vermutenstatbestand nicht erfüllt sei! Erforderlich ist, dass der Betroffene darlegt und nachweist, dass alle Kriterien des neuen § 7 Abs. 3a nicht erfüllt werden bzw. die Vermutung durch andere Umstände entkräftet wird.“ Die Gesetzesbegründung bemüht auch allerdings sehr selektiv einige Überlegungen aus der bisherigen Rechtsprechung zur „eheähnlichen Gemeinschaft“, übergeht aber geflissentlich den Kernsatz aus der Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes: „Ohne rechtlichen Hinderungsgrund kann der mit dem Arbeitslosen nicht verheiratete Partner auch jederzeit sein bisheriges Verhalten ändern und sein Einkommen aus-

schließlich zur Befriedigung eigener Bedürfnisse oder zur Erfüllung eigener Verpflichtungen einsetzen. Wenn sich ein Partner entsprechend verhält, besteht eine eheähnliche Gemeinschaft nicht oder nicht mehr.“ (BverfG, 17.11.1992)

Diesen Kernsatz hat das Sozialgericht Düsseldorf im Juni 2005 aufgegriffen und in der Feststellung präzisiert, dass

„ein sozialhilferechtlicher Anspruch nur dann und nur insoweit entfallen kann, wenn er durch einen entsprechenden zivilrechtlichen Anspruch ersetzt wird.“ (SG Düsseldorf, 7.6.2005)

Zivilrechtliche, also im Bürgerlichen Gesetzbuch festgelegte, Unterhaltsansprüche gegeneinander haben nur Menschen, die

\* **in gerader Linie miteinander verwandt sind oder**

\* **miteinander verheiratet sind oder waren**

\* **oder (als Schwule oder Lesben) eine eingetragene Lebenspartnerschaft miteinander eingegangen sind.**

Daran hat auch das SGB-II-Fortentwicklungsgesetz nichts geändert. Deswegen rät die BAG-SHI allen Nicht-Verheirateten, die mit einer Frau oder einem Mann zusammen wohnen und Arbeitslosengeld II beantragen oder neu beantragen müssen, nach wie vor sehr entschieden: Stellen Sie Ihren Antrag nur für sich und gegebenenfalls Ihre Kinder. Geben Sie die Frau oder den Mann, mit dem Sie zusammen wohnen, nicht als Partner oder Partnerin in „eheähnlicher“ oder „lebenspartnerschaftsähnlicher“ Gemeinschaft an. Geben Sie diese Frau oder diesen Mann als Mitbewohner/-in in Wohngemeinschaft oder als Vermieter/-in oder als Untermieter/-in an, - je nachdem, wie Ihr Mietvertrag tatsächlich aussieht. **Tun Sie dies nicht mit schlechtem Gewissen. Dass Sie Ihre/n Mitbewohner/in vielleicht auch lieben, geht die Behörde nichts an. Sie darf Ihre Intimsphäre nicht ausschnüffeln. Noch herrscht in Deutschland die Freiheit der Eheschließung. Und Sie haben sich bisher nicht entschlossen, die Frau oder den Mann, mit der/dem Sie zusammen wohnen, zu heiraten. Damit verzichten Sie ja auch auf viele Vorteile, die die Ehe mit sich bringt: Sie partizipieren nicht an den Rentenanwartschaften Ihrer Partnerin/Ihres Partners; sie kommen nicht in den Genuss des steuerrechtlichen Ehegattensplitting, Ihr Partner/Ihre Partnerin kann Sie nicht bei seiner/ihrer Krankenkasse familienversichern.** Und überhaupt, das findet jedenfalls die BAG-SHI - Frauen und Männer haben das Recht, einander zu lieben und miteinander zu leben, ohne dadurch in finanzielle

Abhängigkeit voneinander zu geraten. **Wenn der Staat keine Arbeitsmarktpolitik hinkriegt, die es jeder und jedem ermöglicht, den eigenen Unterhalt durch Erwerbsarbeit zu bestreiten, darf er sein Problem nicht durch Ausbeute der persönlichen Beziehungen der Erwerbslosen lösen wollen.** Wenn die Behörde Ihren Antrag nicht bearbeiten will, ohne dass Einkommens- und Vermögensnachweise Ihrer Mitbewohnerin/Ihres Mitbewohners vorliegen, lassen Sie sich von ihm oder ihr schriftlich bescheinigen, dass sie oder er für Ihren Unterhalt nicht aufzukommen bereit und hierzu auch nicht verpflichtet ist. Klagen Sie notfalls im besten Einvernehmen mit Ihrer Partnerin/Ihrem Partner beim Familiengericht auf Unterhalt. Selbstverständlich wird diese Klage zurückgewiesen werden. Vermutlich werden sich viele ALG-II-Behörden auf den Standpunkt stellen, dass unabhängig von der fehlenden Unterhaltsverpflichtung offenbar doch Unterhaltsleistungen erfolgen. Immerhin lebten sie noch, ergo sei Ihr Bedarf faktisch gedeckt. Scheuen Sie dann nicht den Gang zum Sozialgericht. Viele Sozialgerichte haben die Behörden schon bisher auf den Widerspruch zwischen bürgerlichem und Sozialrecht aufmerksam gemacht, und sie werden es auch weiterhin tun müssen. Natürlich sollten Sie den Sozialgerichten die Arbeit dadurch erleichtern, dass Sie tatsächlich getrennte Konten führen und keine Versicherungen für Ihre Partnerin oder Ihren Partner abschließen, also deutlich machen, dass Sie nicht gegenseitig „befugt sind, über Einkommen oder Vermögen des anderen zu verfügen“. Beharren Sie mit der Art Ihrer Antragstellung und Ihrer Argumentation gegenüber der ALG-II-Behörde auch dann darauf, nicht in einer „eheähnlichen“ oder „Einstandsgemeinschaft“ zu leben, wenn Ihr Partner/Ihre Partnerin gegenwärtig ebenfalls erwerbslos und auf Arbeitslosengeld II angewiesen ist. Denn die Situation, dass eine/r von Ihnen demnächst ein Einkommen, und sei es nur ein Nebeneinkommen erzielt, das auf den „Bedarf“ der „Bedarfsgemeinschaft“ angerechnet würde, kann ja jederzeit eintreten. Wenn alles nichts hilft und auch das für sie zuständige Sozialgericht sie zwangsverheiraten möchte, bleibt nur noch der Umzug in eine eigene Wohnung. Denn wenn Sie aus Sicht von Behörde und Gericht „eheähnlich“ sind, haben Sie freilich wie jedes Ehepaar - auch das Recht, sich zu trennen. Die Kommunen werden am Anstieg der Kosten für die Wohnungen zunehmend einzelner ALG-II-Bezieher/-innen ihre Freude haben. (Alp)

[www.alg-2.info/nachrichten/eheaehnlich2006-06](http://www.alg-2.info/nachrichten/eheaehnlich2006-06)

## @lptraum-Buchtipps im Dezember: "Schule der Arbeitslosen" Joachim Zelter



Deutschland anno 2016, irgendwo, in naher Zukunft: Beklommen steigt eine Gruppe Reisender in einen bereitgestellten Bus und fährt einer neuartigen, überaus angepriesenen Fortbildung für Arbeitslose entgegen, fährt ins Trainingslager "SPHERICON". Der Bus trägt das Logo der Bundesagentur für Arbeit und den Slogan "Deutschland bewegt sich". Geduckt sitzen die Trainees am Computer und feilen an ihren Lebensläufen. Sie nächtigen in provisorisch hergerichteten Schlafsälen. Ihr Essen erhalten sie aus Automaten, in Menge und Qualität gestaffelt nach den Leistungen der Vorwoche. Und dann gibt es noch einen Fitnessraum und auch einen "Samstagabend" und für die ganz Kontaktfreudigen noch die "Weekend Suite" sowie die Stelle eines "Sphericon"-Trainers, um die sich die Teilnehmer bewerben sollen. Mit allen Mitteln. "Schule der Arbeitslosen" ist eine souverän erzählte Geschichte der Entsorgung, die unsere schlimmsten Sorgen verdichtet: nichts mehr wert zu sein, wenn man kein multifunktionales Teilchen der längst überholten Arbeitsgesellschaft mehr ist. (Quelle: Deutschlandradio, Büchermarkt 02.06.06) "Zelters Roman ist so gut, so böse. Ein präziser Schlag in die Magengrube unse-

rer Zeit. Was für ein Geschenk, was für ein Manifest des Protestes! Jeder Satz ist wie mit dem Skalpell geschrieben, blutig eingeritzt in Papier." (G.M., Erstleserin der "Schule der Arbeitslosen" in Hilversum)

"Wenn man sieht, wie heute schon Arbeitslose in absurden Trainingsprogrammen zusammengespart werden, wie es tatsächlich (wenn auch nicht in Deutschland) schon Fernsehshows gibt, bei denen der Sieger einen Arbeitsvertrag erhält, dann ist der Schritt zu Joachim Zelters ›Schule der Arbeitslosen‹ nicht weit: ein prophetisches Buch, ein Buch (vielleicht gerade noch) zur rechten Zeit." (M.G., Erstleser der "Schule der Arbeitslosen" in Freiburg)

Februar/März 2006 im Verlag KLÖPFER & MEYER, Tübingen, ISBN 3-937667-71-7, 208 Seiten, geb. mit Schutzumschlag, 19,90 Euro - Infos: [www.kloepfer-meyer.de](http://www.kloepfer-meyer.de)

Eine Lesung mit dem Autor fand am 23.10.06 im "Literarischen Salon" der Uni statt.

Infos: [www.literarischer-salon.de](http://www.literarischer-salon.de)

**Buch zu teuer? Schenken lassen!**

Die @lptraum-Redaktion wünscht hiermit allen Lesern ein frohes Weihnachtsfest ohne "SPHERICON"-Trainingslager.. (ErSt)

## @lptraum-Silvesterkracher 2006/2007: "Prost Neujahr!"

"Die Region Hannover ist ein Ort, in dem es sich lohnt, zu leben und zu arbeiten."

Ex-Regionspräsident Dr. Michael Arndt (SPD) im NP-Interview...

"Denn wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser!"

Nds. CDU-Chef und MP Christian Wulff beim CDU-Landesparteitag...

## wulf hühn - Gartenhaussong - Melodie: Mackie Messer

in der nordstadt grün umrandet  
steht ein altes gartenhaus  
eine landesimmobilie  
ja da solln die nutzer raus

weil das land so schrecklich arm ist  
die milliarden stöhnen schwer  
wird das dumme volk enteignet  
das private geld muss her

dieses grünoasenwunder  
immobilientick-verhetzt  
sollte abgerissen werden  
doch da wurde es besetzt

ach so vieles ist entschwinden  
an die reichen umverteilt  
am privaten egoismus  
hat das land sich aufgegeilt

dreißig jahre gute arbeit  
werden hemmungslos vermüllt  
ach die asoziale kälte  
zeigt sich hier ganz unverhüllt

was bislang als volksvermögen  
unser aller leben krönt  
landet in privatisierung  
ja so werden wir verhöhnt

auch die sonne ward verhökert  
sie scheint jetzt fürn möllring-klan  
wer sich künftig sonnen möchte  
zahlt gebühren, mann o mann

die betuchten privatisten  
wolln als beute unser haus  
nein wir lassen uns nicht entsetzen  
nein die kriegten uns nicht raus

nein wir lassen uns nicht entsetzen  
nein die kriegten uns nicht raus

[www.querkunst-hannover.de](http://www.querkunst-hannover.de)

--- Veranstaltungstipp ---

## EINE UNHEILIGE NACHT

--- Veranstaltungstipp ---

Nach seiner überaus erfolgreichen "Halloweenlesetournee" durch verschiedene Stadtteile und Lokaltäten in Hannover, präsentiert der Schauspieler und Regisseur **Volker Kühn** im Dezember ein neues literarisches Programm.

Unter dem Titel "EINE UNHEILIGE NACHT" gibt es Gedichte und Short - Stories des amerikanischen Undergroundpoeten **Charles Bukowski** zu hören und zu erleben. Bukowski, für seine sehr drastische Schreib- und Lebensweise bekannt und berüchtigt, bezeichnete sich selbst als "dirty old man" der US - Literaturszene. Und Volker Kühn liest seine Geschichten nicht nur, er erweckt die Figuren darin zum Leben und gibt ihnen Gestalt.

**Premiere dieses Programms:**

**Freitag, den 22. 12. 06 20 Uhr**

**"Gartenhaus" Am Judenkirchhof 11c Hannover/Nordstadt**

Eintritt: 3,50 € erm.: 2,50 € - Reservierung erbeten! - Tickethotline: 0163/3296168

@lptraum wünscht allen Lesern [trotz 2 Jahren Hartz IV] frohes Fest & guten Rutsch!

# @l p t r a u m

kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau

Dezember - 2006

Unabhängig und absolut parteiisch

Jahrgang 2, Ausgabe 12

## +++ lokal und aktuell +++

### Mitstreiter findet ihr hier:



mailto: [info@gegen-sozialabbau.de](mailto:info@gegen-sozialabbau.de)

Jetzt reicht's!

**Politiker, die uns plagen, werden wir verjagen!**

Jetzt reicht's!



[www.gegen-sozialabbau.de](http://www.gegen-sozialabbau.de) [www.alptraum.org](http://www.alptraum.org)



Projektgruppe "Agenda 2010 kippen"

**Wollen wir uns wieder regelmäßig Treffen?**

16.00 - 17.45 Uhr, vor der Montagsdemo

**NUR BEI AUSREICHENDER RÜCKMELDUNG!**  
E-Mail: [info@gegen-sozialabbau.de](mailto:info@gegen-sozialabbau.de)



**Montags - Demo - Hannover**

Montags von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr

Offenes Mikrofon für jederman/frau & Kundgebung  
Innenstadt, Nähe Kröpcke-Uhr / Schiller-Denkmal

**"Aufstehen gegen den Sozialkahlschlag!"**

**Erwerbsloseninitiative im Gartenhaus**

**14. täglich montags 19.15 - 20.30 Uhr Treffen!**

- danach: "gemütlicher Abend"

Im Gartenhaus am Judenkirchhof 11c

E-Mail-Kontakt: [Rinzwind@gmx.de](mailto:Rinzwind@gmx.de)

**IG Metall-Erwerbslosenausschuss**

Jeden 1. Mittwoch im Monat 10.00 - 12.00 Uhr

IG Metall-Haus, Postkamp 12, 30159 Hannover

**ver.di-Erwerbslosenausschuss Hannover**

Jeden 1. Mittwoch im Monat 15.00 Uhr - 18.00 Uhr

in der Rotation, ver.di-Höfe, Haus C

Goseriede 10, 30159 Hannover (Üstra-Linie 10+17)

**ver.di - ELO im Bezirk Hannover Leine-Weser**

E-Mail: [Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de](mailto:Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de)

**erzählcafé bürgerinitiative gartenhaus**

Mittwochs ab 16.00 Uhr, Am Judenkirchhof 11c,

30167 Hannover-Nordstadt, Tel. 0173-7865348

in Zusammenarbeit mit "querkunst hannover"

E-Mail: [wulf.huehn@querkunst-hannover.de](mailto:wulf.huehn@querkunst-hannover.de)

**[ka:punkt] Beratungs- und Behandlungsstelle**

Gruppenstraße 8 (Innenstadt) 30159 Hannover

"Offene Tür": ein Angebot der katholischen Kirche

Mo. - Fr. 10.00 - 18.00 Uhr, Sa. nur bis 14.00 Uhr

Anmeldung Beratung / Info: Telefon 0511 / 270 739-0

**Arbeitskreis Arbeitslose Linden**

Donnerstags 10.00 Uhr - 12.30 Uhr

im Freizeithaus Linden (Raum U5)

Fred-Grube-Platz 1, 30451 Hannover

E-Mail: [info@arbeitslosenkreis-linden.de](mailto:info@arbeitslosenkreis-linden.de)

**... und im Anschluss in's "Café Net(t)"**

Limmerstraße 5 / Küchengarten (Üstra-Linie 10+700)

### @lptraum - Termine Däzämbär:

**Samstag, 2. Dezember 2006: 700 Tage HARTZ IV**

Weihnachtsmärkte: Altstadt + Bahnhofsvorplatz + Lister Meile  
**Laut Regelsatz stehen ALG-II- und Sozialgeld-Empfängern pro Tag nur 3,79 Euro für "Ernährung" zur Verfügung!**

**Dienstag, 5. Dezember 2006, 14.00 - 18.00 Uhr**

[Kontakt-Zeitarbeit] jeden Dienstag - Natürlich kostenfrei!

Information und Beratung rund um das Thema Zeitarbeit...

**DGB-Projekt**, Tel.1694447, Infos: [www.kontakt-zeitarbeit.de](http://www.kontakt-zeitarbeit.de)

Gewerkschaftshaus, Otto-Brenner-Straße 1, 30159 Hannover

**Dienstag, 5. Dezember 2006, 17.30 - 19.30 Uhr**

After Work Bildung 2006: "Arbeitsrecht" (kostenlos...)

ver.di-Höfe, "Rotation", Goseriede 10, 30159 Hannover

**Mittwoch, 6. Dez. 2006, Nikolaus ab 15.00 Uhr**

**"Ho, ho ho, drauß' von der Region Hannover komm' ich her, bring' ALG II-Sanktionen, 1-Euro-Jobs und vieles mehr...!"**

ver.di-Ortserwerbslosenausschuss Region Hannover

ver.di-Höfe, "Rotation", Goseriede 10, 30159 Hannover

**Donnerstag, 7. Dezember 2006, ab 10.00 Uhr**

**"Arbeitslosigkeit"** Gespräch mit Bundestagsabgeordneter

Edelgard Bulmahn (SPD) im Arbeitskreis Arbeitslose Linden,

FZH Linden, Raum U5, Fred-Grube-Platz 1, 30451 Hannover

**Donnerstag, 7. Dezember 2006, um 19.00 Uhr**

Dr. Christiane Eifler, Uni Bremen **"Nicht allein Männersache!"**

**Spanische & ausländische Frauen im Spanischen Bürgerkrieg**

ver.di-Höfe, "Rotation", Goseriede 10, 30159 Hannover

**Fr., 8. Dez. und Sa., 9. Dez. 2006, um 20.00 Uhr**

Cultur im Club: hebebühne Hannover mit **"CRUNCHY-XTMAS"**

Eintritt: 12 Euro (erm. 8 Euro) Kartenhotline: 0511-168-42517

Haus der Jugend, Maschstraße 22 - 24, 30169 Hannover

**Samstag, 9. Dez. 2006, 13.00 Uhr: Gerd-Show !!!**

**Signierstunde: "Entscheidungen - Mein Leben in der Politik"**

Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder, Weiland Buchhandlung,

Georgstraße 10, 30159 Hannover-City, Infos: [www.weiland.de](http://www.weiland.de)

**Dienstag, 19. Dezember 2006, um 19.00 Uhr**

**Lesung für Frauen - Das literarische Trio:** Die Autorinnen

Tahere Asghary, Julie Tränkle, Leila Ginsel lesen eigene

Gedichte im **La Rosa / kargah** (Faust) Zur Bettfedernfabrik,

Ecke Leinaustraße, 30451 Hannover: [www.fiff-hannover.de](http://www.fiff-hannover.de)

**Sonntag, 24. Dezember 2006, Heiligabend:**

**"HARTZ I, HARTZ II, HARTZ III, HARTZ IV - nächstes Jahr**

**steht HARTZ V vor Eurer Tür!"** (frei nach "Advent, Advent...")

Das @lptraum-Team wünscht allen Lesern ein frohes Fest

und guten Rutsch ins neue Jahr! - Infos: [www.alptraum.org](http://www.alptraum.org)

**Damals vor 76 Jahren, ... anno 31. Dez. 1930:**

4.357.000 Menschen in Deutschland sind arbeitslos. 31,8 %

aller Gewerkschaftsmitglieder trifft dieses Schicksal. 16,3 %

Prozent arbeiten kurz. (Und heute nach 2 Jahren Hartz IV?)

Am 03.01.2007 werden die Arbeitslosenzahlen für Dezember

verkündet... "Prost Neujahr!" - [www.statistik.arbeitsamt.de](http://www.statistik.arbeitsamt.de)

+++ Termine im Dezember +++

**Laut Regelsatz stehen ALG-II- und Sozialgeld-Empfängern monatlich 4,63 Euro für "Freizeit & Kultur" zur Verfügung!  
Der Mobilitätsanteil beträgt 19,- Euro für den BG-Vorstand.**